

WIRTSCHAFT

(53) Landesweit propagierte Wirtschaftsmodelle und Modellarbeiter der Fälschung angeklagt

Im Eisen- und Stahlkombinat Anshan wird der Erzarbeiter Wang Jonshao beschuldigt, die Förderleistungen seiner Produktionsgruppe verfälscht zu haben. Die Wang-Jonshao-Bergbaugruppe des Gongzhangling-Eisenerzbergwerkes des Eisen- und Stahlkombinates Anshan hatte angegeben, zwischen September 1972 und Dezember 1978 insgesamt 19,29 Mio.t Eisenerz gefördert und transportiert zu haben. Untersuchungen hätten jetzt allerdings ergeben, daß weniger als die Hälfte dieser Ziffer, nämlich nur 8,97 Mio.t, in Wirklichkeit gefördert worden seien. Zudem hätte die dabei verwendete Methode einen Verlust von 10,31 Mio.Yuan eingebracht. Nach Zeitungsberichten sei Wang aller seiner offiziellen Posten enthoben worden, und das wären nicht wenige! Er war, was die chinesische Nachrichtenagentur verschweigt, Kandidat des ZK der KPCh, zudem stellvertretender Parteisekretär des Eisen- und Stahlkombinats Anshan und gleichzeitig stellvertretender Parteisekretär der diesem Kombinat unterstellten Bergbaugesellschaft, zudem Parteisekretär des oben erwähnten Gongzhangling-Eisenerzbergwerkes.

Seit 1973 machte die Wang-Jongshao-Brigade mit ihrer Modellförderung Schlagzeilen. So wurde sie vom Ministerium für Metallurgie ausgezeichnet. Jetzt lauten die Vorwürfe, daß die Arbeitsmethoden der Gruppe einer Plünderung der mineralischen Rohstoffe in dem Bergwerk gleichgekommen sei, daß Arbeit und Geld verschwendet worden seien und die kampagneartige Arbeitsmethode die normale effiziente Arbeitsordnung gestört habe. Zudem sei die Arbeitsplatzsicherheit sträflich vernachlässigt worden, so sei z.B. ein 20 t LKW abgestürzt und hätte seine Insassen getötet.

Wang wird beschuldigt, noch Jahre nach dem Sturz der "Vierbande" ein Weggänger dieser politischen Fraktion geblieben zu sein. Er hätte in der Vergangenheit ein Parteimitglied und einen Gewerkschafter, die der Zentrale von Wangs Fehlmeldungen Bericht erstatten wollten, unterdrückt. Eine Untersuchungsgruppe, die vom Ministerium für metallurgische Industrie zur Untersuchung der Vorwürfe nach Anshan entsandt worden sei, hätte sich sogar an der Unterdrückung der Berichterstattenden beteiligt.

In der Abrechnung mit der ehemaligen landwirtschaftlichen Modellbrigade Dazhai werden ebenfalls weitere Fakten veröffentlicht. Unter Beschluß steht vor allen Dingen Zhen Yonggou in seiner Funktion als erster KP-Sekretär des Kreises Xijag, in dem Dazhai liegt. Obwohl Zhen behauptet habe, daß während der zehn unruhigen Jahre während der Kulturrevolution im Kreis Xijag die Bauern in Ruhe ihrer Arbeit nachge-

gangen seien, würden die Fakten ein anderes Bild zeigen. Insgesamt seien während dieser Jahre 141 Personen - 90% von ihnen Bauern - eines "unnatürlichen" Todes gestorben. Dies habe daran gelegen, daß das Revolutionskomitee des Kreises sich auch bemüht habe, den Klassenkampf gegen rechte Elemente in dem Kreis zu entfachen und alle angeblich vorhandenen Hindernisse auszuräumen, die der Modellbrigade Dazhai im Weg gestanden hätten. So sei der ehemalige Parteisekretär einer Brigade deshalb in den Tod getrieben worden, weil er den Bauern erlaubt habe, weiterhin ihre privaten Parzellen zu beackern. Nachdem er zwischen 1967 und 1969 dreißigmal schwerer Kritik unterzogen worden sei, sei er dazu gebracht worden, von einem Felsen in den Tod zu springen. Ein Mitglied einer Produktionsbrigade sei in den Selbstmord getrieben worden, weil es einmal sechs Maiskolben gepflückt habe, die der Produktionsgruppe gehört hätten (XNA, 13. und 22.8.80).

Anfang Juli schrieb die Shanxi Ribao in einem Artikel: "Das Volk wird kein Modell anerkennen, das mit betrügerischen Mitteln und mit ungeheurem finanziellem Aufwand seitens der höheren Stellen aufgepäppelt wurde". Als Beleg hierfür wird angeführt, daß der erste Kreis vom Typ Dazhai, nämlich Xijiang, von 1966 an mehrere Jahre lang Subventionen in Höhe von 25,6 Mio. Yuan für Investitionen auf dem Lande und für Wasserbauprojekte erhalten habe. Schon in der Vergangenheit wurde die ehemalige Modellbrigade mehrfach für ihre falsche Modellfunktion in der landwirtschaftlichen Produktion und für die Fälschung ihrer modellhaften wirtschaftlichen Ergebnisse kritisiert.

Der Bericht der Shanxi Ribao ist in der Beijing-Rundschau vom 12. August 1980 enthalten. Als redaktionelle Anmerkung ist hinzugefügt, daß die Beijing-Rundschau sich dafür entschuldigt, daß sie in der Vergangenheit ein falsches Bild von Dazhai geliefert habe, indem sie es in jeder Hinsicht zum Modell erklärt habe.

Gegen den "üblen Wind der Übertreibungen" macht die Renmin Ribao vom 22. August 1980 Front: "Wenig in viel übertreiben. Einen Punkt in ein ganzes Gebiet übertreiben. Dinge, die noch nicht getan sind, in Dinge verwandeln, die schon fertiggestellt sind. Dinge, die sehr schlecht gemacht worden sind, in solche Dinge verfälschen, die äußerst gut gemacht worden sind und sogar Tatsachen - komplett mit allen nötigen Einzelheiten aus dem Nichts heraus fabrizieren - wie kann es da keinen Ärger geben, wenn diese übertriebenen Behauptungen oder Mythen, die aus dünner Luft heraus geschaffen worden sind, benutzt werden, die höheren Autoritäten und die Massen zu betrügen und sogar als Basis für die Politik benutzt werden? ... Zu jener Zeit, als Lin Biao, Jiang Qing, Kang Sheng und ihre Bande Verwüstungen anrichteten, wuchsen auf vielen Feldern nur Gras und keine Pflanzen, Maschinen liefen überhaupt nicht oder liefen, ohne irgendetwas in den Fabriken herzustellen. Dies waren allgemein bekannte Tat-

sachen, aber ihre angeheuerten Trompeter hörten nicht auf, von "jährlichen Rekorderten von Getreide" und der immer voranschreitenden Produktion übertriebenerweise zu berichten."
-ga-

(54) Arbeitsmarkt: Weg vom Staatsmonopol?

Vom 2. bis 7. August fand in Beijing unter Leitung von Wan Li eine nationale Konferenz über Arbeit und Beschäftigung statt. Hier wurde bekannt, daß durch die Anwendung der hochzentralisierten Wirtschaftsplanung der Staat bei der Organisation des städtischen Arbeitsmarktes überfordert gewesen sei. Man sei nicht in der Lage gewesen, die städtischen Arbeitskräfte nach dem einheitlichen Plan zu verteilen. Zudem habe es Koordinationsmängel zwischen dem Arbeitskräfteplan und dem nationalen Wirtschaftsplan als Ganzem gegeben sowie zwischen dem Erziehungs- und Arbeitssystem.

Früher, so sagt ein Artikel der Volkszeitung vom 19. August, seien überhaupt die Berichterstattungen über Bevölkerungstheorie, Arbeits- und Beschäftigungsfragen "verbotene Zonen" gewesen. In den 50er Jahren sei man dazu übergegangen, ein einheitliches System von Beschäftigung und Zuteilung von Arbeitskräften anzuwenden. In den nachfolgenden Jahren, besonders während der Kulturrevolution, hätte sich dieses zu einem Staatsmonopol der gesamten Arbeitskräfte in den Städten entwickelt. Der Staat habe den staatlichen und großen Kollektivbetrieben die Arbeitskräfte zugeteilt, diese seien dann in einer lebenslangen Beschäftigung "versichert" gewesen.

Gegewärtig wird in China, unter anderem auf der Konferenz, daran gearbeitet, ein neues System der Arbeitskräftevermittlung zu erarbeiten. Der Artikel der Volkszeitung schlägt ein System vor, unter dem die Arbeitsämter Arbeitskräfte zur Beschäftigung vorschlagen, die Bevölkerung auf freiwilliger Basis Geschäfte zur Selbstbeschäftigung organisiert und Individuen unter der Anleitung des Staatsplanes ihre eigenen Arbeitsstätten suchen.

Auf der Konferenz wurde die Gründung von staatlichen Beschäftigungsagenturen, kollektiveigenen Beschäftigungsagenturen und einer Selbstbeschäftigung vorgeschlagen. Zur Aufnahme der Arbeitslosen - seit der Niederschlagung der "Vierbande" hätten 20 Mio. Menschen eine Arbeitsstätte gesucht - werden hauptsächlich folgende Bereiche vorgeschlagen: die kollektiveigene Wirtschaft, die individuelle Privatwirtschaft, Dienstleistung sowie Handel und Bauwirtschaft (RMRB, 19.8.80; XNA, 12.8.80).

Wie ein aufgelockerter Arbeitsmarkt funktionieren könnte, zeigt der Fall einer Möbelfabrik in Mudanjiang, einer Stadt in der nordöstlichen Provinz Heilongjiang. Dieses Werk veröffentlichte eine Anzeige in der Lokalpresse, in der

es nach kompetenten Personen für Führungspositionen ausschrieb. Insgesamt gingen über 300 Bewerbungen ein. Nach Interviews und Tests stellte das Werk einen "Manager" und fünf andere Personen für Leitungsfunktionen ein. Vorläufig sollen sie unter einem 3-Jahres-Vertrag mit entsprechender Probezeit in dem Werk Beschäftigung finden (XNA, 23.8.80).

Immerhin schätzt die chinesische Nachrichtenagentur diesen in westlichen Ländern alltäglichen Vorgang so wichtig ein, daß er ihr eine Extrameldung wert war.
-ga-

(55) Betriebliche Gewinnbeteiligung: Ein weiterer Schritt nach vorn

Ein Zirkular der staatlichen Wirtschaftskommission billigt den chinesischen Betrieben - vorerst ausgewählten Versuchsbetrieben - eine umfassendere Beteiligung an den von ihnen erwirtschafteten Gewinnen zu. Das neu verabschiedete Verfahren sieht eine unabhängige Rechnungsführung der Betriebe unter Einschluß der Eigenverantwortlichkeit für Gewinne und Verluste vor. Abgaben an den Staat sind in Form von Steuern zu entrichten. Gegenwärtig werden Körperschaftssteuer, Anlagevermögenssteuer und eine neu einzuführende Mehrwertsteuer genannt (vgl. zu Mehrwertsteuer die entsprechende Übersicht in diesem Heft).

Das Zirkular trifft für die Reformbetriebe folgende Bestimmungen:

1. Das Verhältnis der Gewinnaufteilung zwischen Staat und Betrieben wird durch die Höhe der Steuern festgesetzt. Dies sichert beiden Seiten eine im voraus zu berechnende Einkommenssituation zu.
2. Die Einnahmen der Betriebe werden für drei Jahre im voraus garantiert.
3. Um die großen Gewinnunterschiede zwischen den verschiedenen Unternehmen einzuebnen, wird eine sogenannte Anpassungsaufschlagssteuer erhoben. Diese soll dazu führen, daß diejenigen Betriebe, die aufgrund natürlicher günstiger Bedingungen höhere Gewinne vereinnahmen, mit höheren steuerlichen Lasten belegt werden.

Parallel dazu sollen die Entscheidungsbefugnisse der Unternehmen ausgeweitet werden.

Die staatliche Wirtschaftskommission forderte alle Provinzen und Autonomen Gebiete auf, ein oder zwei staatliche Industriebetriebe in diesem Jahr auszuwählen, die versuchsweise unter den oben genannten Bestimmungen arbeiten werden. In diesem Jahr haben bereits in Shanghai, Sichuan und Guangxi Betriebe diese Reformmethoden angewandt (NCNA, 19.8.80).

In der Provinz Sichuan haben seit Anfang dieses Jahres fünf Betriebe die neuen Betriebsbestimmungen übernommen. Es handelt sich hierbei um die Sichuaner Baumwollweberei Nr. 1, die Südwesten-Elektrozubehör-Fabrik, die Chengdu-Elek-

trokabel-Fabrik, die Chongqing-Uhren- und Arm-banduhrengesellschaft und die Congqinger Druckerei Nr. 3. Für die ersten sechs Monate dieses Jahres berichten sie von einer Steigerung ihres Output-Wertes um 50,8%, ihrer Gewinne um 89,6% und ihrer Abführungen an den Staat um 54% - jeweils im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode. Angesichts dieser Erfolgswerte hat die Wirtschaftskommission beschlossen, die Zahl der Experimentierbetriebe auf zehn in der zweiten Jahreshälfte zu erhöhen (Gongren Ribao, 21.8.80).

Die bisher in China angewendeten Maßnahmen zur Ausweitung betrieblicher Gewinnbeteiligung waren davon ausgegangen, den Betrieben einen bestimmten Anteil ihres planmäßigen und einen höheren Prozentsatz ihres überplanmäßigen Gewinns zur eigenen Verwendung zuzugestehen. Ende Juni hat es insgesamt 6.600 dieser Reformbetriebe gegeben. Sie kamen für 60% des Bruttoproduktionswertes und 70% des Gesamtgewinns aller staatlichen Wirtschaftsbetriebe der Volksrepublik auf (BRu, Nr. 33 vom 19.8.80). Die jetzt durch die staatliche Wirtschaftskommission veranlaßte weitere Ausweitung staatlicher Reformmaßnahmen verzichtet erstmals auf die obligatorische Abführung des Gewinns an den Staat und versucht, den gleichen wirtschaftlichen Effekt durch "ökonomische Hebel" wie Steuern und Sondergebühren zu erreichen. Angesichts eines völlig irrationalen Preissystems im Lande muß sie sich dabei natürlich gegenwärtig vieler Hilfsmethoden bedienen, die ohne Frage in der Zukunft weitere Probleme ungelöst lassen.

-ga-

(56) Agro-Industriekombinate

In der chinesischen Landwirtschaft wird mit einer neuen Organisationsform experimentiert: die neuen Agro-Industriekombinate. Kern dieser neuen Kombinate sind die staatlichen Farmen, denn neben den Volkskommunen, die im Gruppeneigentum der Bauern sind, gibt es auf dem Land in China eine zweite Eigentumsform, rd. 2.000 Staatsfarmen. Sie beschäftigen rd. 4,8 Mio. ländliche Arbeitskräfte. Nach dem Vorbild des Belgrader Agro-Industriekombinats werden jetzt in den neu gegründeten chinesischen Agro-Industriekombinaten die Erzeugung, Weiterverarbeitung, Absatz und der Vertrieb landwirtschaftlicher Erzeugnisse zusammengefaßt. Wie im Falle des Chongqinger Agro-Industriekombinates in der Provinz Sechuan - es ist gegenwärtig das meistgenannte Beispiel dieser neuen Produktionsform in China - ist das neue Kombinat der Nachfolger des früheren Städtischen Amtes für Länderschließung. Es umfaßt 22 Agrar- und Viehzucht-farmen, spezialisierte Gesellschaften (in diesem Falle für Milcherzeugung und Bauwesen), eine Teeverarbeitungs- und eine Landmaschinen-fabrik.

Lange Jahre hatten die chinesischen Staatsfarmen mit Verlusten gearbeitet. Nur zum Teil lag

das darin begründet, daß sie oft in Ödlandgebieten zur Länderschließung angesiedelt wurden. Stärker hatte sich auf die schlechte Ertragslage dieser landwirtschaftlichen Produktionsbetriebe ausgewirkt, daß sie einer strengen Reglementierung der ihnen übergeordneten Behörden unterlagen. Staatsfarmen durften nur primäre landwirtschaftliche Erzeugnisse herstellen. Weiterverarbeitung und Absatz dieser Produkte waren ihnen untersagt. Ähnlich wie städtische Industriebetriebe litten auch sie unter der Zersplitterung der Zuständigkeitsbereiche für Industrie und Landwirtschaft, für Handel und Finanzierung. Alles mußte genehmigt werden.

In diesen Bereichen sind die Zuständigkeiten des Kombinats erweitert worden. Im beschränkten Maße darf es seine Erzeugnisse selber weiterverarbeiten und absetzen. Die chinesischen Stellen betonen jedoch, daß dies keinesfalls bedeute, daß die staatlichen Planaufträge und die staatlichen Handelsabteilungen etwa kein Einflußrecht mehr auf das Kombinat hätten. Im Falle des erwähnten Chongqinger Kombinats zeigen sich erste Ansätze, den neu erlangten Spielraum zu nutzen. Man gründete verschiedene Betriebe, so eine Gesellschaft für die Erzeugung, den Absatz und den Vertrieb von Milchprodukten. Man bemühte sich, einzelne, leicht verderbliche Obst- und Gemüseerzeugnisse ohne Einschaltung des Zwischenhandels selber abzusetzen. Der selbständige Absatz der eigenen Erzeugnisse ist allerdings nur für diejenigen Mengen gestattet, die über die Ablieferungspflicht an die Handelsabteilungen hinausgehen.

Den probeweise eingerichteten Kombinat (landesweit rd. 160) werden langfristige, niedrig verzinsten Kredite gewährt; sie dürfen bis 1985 eine unabhängige Rechnungslegung führen und sie sind für den Gewinn und Verlust selbst verantwortlich. Sie müssen ihre Gewinne nicht an den Staat abliefern, erhalten allerdings auch für Verluste keine Subventionen. Die dem Kombinat unterstehenden Spezialbetriebe dürfen bei Erfüllung des Gewinnplans 50% selber behalten, vom Überplangewinn sogar 80%. Die verbleibenden Anteile werden an das Kombinat abgeführt. Das Kombinat bewertet die Leistungen der ihm unterstellten Betriebe nach dem Prinzip der "Drei Festlegungen und einer Prämie"; dies heißt, Produktionsaufgaben, Selbstkosten und Ertrags-situationen sind festgelegt, die Prämie bezeichnet die Gewinnbeteiligung bei Einhaltung der Gewinnkennziffer. Zur Beschäftigung freigesetzter Arbeitskräfte ist es den Kombinat gestattet, in beschränktem Umfang auch Tätigkeiten aufzunehmen, die mit der eigentlichen landwirtschaftlichen Tätigkeit nichts zu tun haben. So werden Baugesellschaften gegründet, die Außenaufträge entgegennehmen. Das Chongqinger Kombinat plant in der Nähe des Yangtse-Flusses die Errichtung eines Hotelbaus für Touristen. War es den Staatsfarmen als staatlichen Betrieben früher nicht gestattet, mit Betrieben im Gruppeneigentum vertragliche Beziehungen einzugehen, so dürfen die Kombinate mit den benach-

barten Produktionskommunen und Brigaden zusammenarbeiten. Es wird sogar von Fällen berichtet, in denen ein Kombinat und Produktionsbrigaden gemeinsam ein Joint Venture gegründet haben, in dem beide Teile Aktionäre werden und die Geschicke des neu errichteten Gemeinschaftsbetriebes auf diese Weise führen.

Trotz der auf den ersten Blick vielversprechenden Neuerungen und Lockerungen der alten bürokratischen Beschränkungen der alten landwirtschaftlichen Staatsgüter sollte diese Errichtung von Agro-Industriekombinaten vorerst nicht überbewertet werden. Oft, so scheint es, wurde lediglich die übergeordnete Instanz, die städtischen Ämter für Staatsfarmen und Länderschließung, in Kombinate umfirmiert, der Entscheidungsspielraum der neugegründeten Komplexe jedoch nur unwesentlich erweitert. Weiterhin unterliegen sie staatlichen Planvorschriften, sie können nur die Überplanerzeugnisse selbständig absetzen. Dennoch scheint auch hier die Provinz Sichuan, in der ein Großteil der neuen Versuchskombinate liegt, eine Vorreiterrolle bei der Reform der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur in China zu spielen (vgl. dazu BRu, Nr.31 vom 5.8.80).

Auch auf dem Gebiet der Industrie werden neue Reformen zu Kombinationen bestehender Unternehmensformen erprobt. In Nanjing haben 38 Radiofabriken und Forschungsinstitute sich im Juli zur Nanjinger Radiogesellschaft zusammengeschlossen. Von den Mitgliedsbetrieben sind 10 staatlich und die verbleibenden 28 im Kollektiveigentum. Zusammen beschäftigen sie über 30.000 Personen. Jeder Mitgliedsbetrieb behält seine frühere Eigentumsform an den Produktionsmitteln und ist selbständig für Gewinn und Verlust verantwortlich. Aufgabe der neuen Gesellschaft soll es sein, unter einer einheitlichen Verwaltung die Zusammenarbeit der Betriebe zu verstärken und den einzelnen Einheiten spezialisierte Produktionsaufgaben zuzuweisen (BRu, Nr. 32 vom 12.8.80).

-ga-

(57) Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden in China nimmt zu

In einem Interview der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua sagte ein Sprecher der allgemeinen Verwaltung für Industrie und Handel, daß in Chinas Städten die Zahl selbständig gewerbetreibender Haushalte zu Beginn dieses Jahres ungefähr 250.000 betragen habe und daß man mit 400.000 selbständigen Haushalten zum Ende dieses Jahres rechnet. Er betonte, daß selbständige Gewerbetreibende in Zukunft als Teil der werktätigen Bevölkerung angesehen werden sollen, nicht diskriminiert werden und daß ihre rechtmäßigen geschäftlichen Unternehmungen geschützt werden. Damit werde die alte Politik der Unterdrückung der städtischen Privatwirtschaft revidiert.

Die privaten Betriebe seien in mehrfacher Hin-

sicht nützlich für die chinesische Wirtschaft. Sie könnten viele langentbehrte Bedarfsgüter des täglichen Lebens herstellen, könnten staatliche und genossenschaftliche Großbetriebe als Zulieferer ergänzen und könnten deren Produktion durch ihre Konkurrenz ebenfalls vorantreiben. Sie würden zudem für viele Arbeitslose neue Arbeitsplätze schaffen, viele traditionelle handwerkliche Kunstformen würden nicht nur das Leben der chinesischen Bevölkerung bereichern, sondern ebenfalls für den Export tauglich sein. Auf die Frage, in welchen Wirtschaftszweigen private Betriebe erlaubt seien, antwortete der Sprecher: "Das allgemeine Prinzip ist: Solange Einzelpersonen bestimmte Qualifikationen haben und ihre Dienstleistungen vom Volk in seinem täglichen Leben benötigt werden, aber nicht auf andere Weise durch staatliche oder kollektive Wirtschaftsbetriebe wahrgenommen werden können, ist es ihnen gestattet, solche Geschäfte wie Reparatur und Dienstleistungen, Verarbeitung von Kleidungsstücken, Haushaltshandwerksarbeiten, Waren und Passagiertransport, Hausreparaturen, Eß- und Trinkeinrichtungen sowie den Verkauf kleiner Artikel des täglichen Bedarfes getrockneter und frischer Früchte und anderer verderblicher Waren zu betreiben. Einzelpersonen dürfen ebenfalls die Reparatur von Fahrrädern, Armbanduhr, Uhren, Fotoapparaten sowie von Radio- und Fernsehgeräten übernehmen."

Das Genehmigungsverfahren für private Wirtschaftstätigkeit sieht vor, daß alle angemeldeten und registrierten Personen (Anmerkung: Viele auf illegale Weise vom Lande in die Städte zurückgekehrten Jugendlichen sind nicht registriert) bei ihrem zuständigen Nachbarkomitee einen Antrag stellen können, daß dieser durch das Amt für öffentliche Sicherheit bestätigt wird und daß diese Bestätigung der örtlichen Industrie- und Handelsverwaltung zur Billigung überstellt wird. Diese erteilt dann die Erlaubnis zum Betreiben eines privaten Geschäftsbetriebes. Private Geschäftstätigkeit ist Einzelpersonen und mithelfenden Familienangehörigen gestattet. Technische Geschäftsbetriebe dürfen bis zu zwei Angestellte beschäftigen.

Selbständige Gewerbetreibende sollen in Zukunft leichter Zugang zu Bankkrediten erhalten, besser und schneller vom Großhandel mit Waren und Rohstoffen beliefert werden. Ebenfalls sollen sie weniger Steuern als früher zahlen. Genannt wird ein Steuersatz von 7% für einen Jahresgewinn von unter 120 Yuan, ein Spitzensteuersatz von 62% auf einen Jahresgewinn von über 1.320 Yuan. Privaten Geschäftsleuten soll ebenfalls gestattet werden, ihre eigenen Organisationsformen wie z.B. Handelsvereinigungen (tongye gonghui) zu gründen.

Der Sprecher räumte ein, daß es noch sehr viele Arten von Behinderungen der Privatindustrie in China gäbe. Er berichtete von Fällen, in denen versucht wurde, einmal erteilte Lizenzen dann wieder zu entziehen, wenn die privaten Ge-

schäftsleute gute Gewinne erzielten. Dies sei allerdings unstatthaft, solange sich die betreffenden Privatleute an die Bestimmungen hielten, seien auch große Einkommen statthaft.

Nach 1949 gab es in China noch ungefähr 9 Mio. selbständige Gewerbetreibende. Im Zuge der sozialistischen Transformation 1956 wurden 8,5 Mio. von ihnen in Genossenschaften zusammengefaßt. Das sei, so der Sprecher der allgemeinen Industrie- und Handelsverwaltung, "zu schnell" vonstatten gegangen (NCNA, 19.8.80; MD, 25.8.80).

-ga-

(58) Steigende Spareinlagen zeigen Kaufkraftüberhang

Nach Angaben der chinesischen Volksbank sind in der ersten Jahreshälfte 1980 die Spareinlagen der städtischen Bevölkerung Chinas um 4 Mrd. Yuan gestiegen. Dies ist eine Zunahme von 1,1 Mrd. Yuan gegenüber der ersten Jahreshälfte 1979. Insgesamt, so wird angegeben, betrug die Sparleistung pro Kopf der städtischen Bevölkerung von 120 Mio. Menschen 33 Yuan in der ersten Jahreshälfte 1980. Damit habe jeder Stadtbewohner ungefähr 200 Yuan auf der Bank. In den ländlichen Bezirken Chinas wurden in der gleichen Zeit 1,9 Mrd. Yuan gespart.

Obwohl in den ersten 6 Monaten des Jahres 1980 der Einzelhandelsumsatz um 18,5% angestiegen ist, zeigt diese beträchtliche Zunahme der Sparleistung der Bevölkerung einen wachsenden Kaufkraftüberhang. Dieser resultiert aus einer verbesserten Einkommenssituation sowohl in den Städten als auch auf dem Lande, der jedoch kein adäquates Angebot an Waren gegenübersteht (BRu, 29.7.80).

-ga-

(59) Verkauf von "Warenpaketen", um Ladenhüter absetzen zu können

Einige Großhandelsabteilungen in China haben die Methode angewendet, schlecht verkäufliche Waren zusammen mit gut verkäuflichen in sogenannten "Warenpaketen" an die Einzelhandelsstellen zu verkaufen. So hat sich z.B. in der Provinz Sichuan die Methode herausgebildet, jede Nähmaschine oder Armbanduhr vom Typ Shanghai nur zusammen mit 2 kg Feuersteinen oder 150 weißen Emaillewaschschüsseln zu verkaufen. Eine Absatzgenossenschaft in der Provinz Zhejiang ist gezwungen, 65 Flaschen Wein zu kaufen, wenn sie 300 Kästen Bier vom Kreisgroßhandel kaufen will. In der Provinz Anhui gibt es die Methode, daß eine Absatzgenossenschaft für jedes Fahrrad Güter im Werte von 5.000 Yuan und für jede Nähmaschine Güter im Werte von 10.000 Yuan zusätzlich übernehmen muß. In der Provinz Henan werden Nähmaschinen vom Typ Shanghai nur abgegeben, wenn der Käufer gleichzeitig bestimmte Mengen von schwerverkäuflichen Waren wie Reinigungsmitteln, weißen Waschschüsseln, Plastikfolien und Buntpapier kauft.

Dies führt dazu, daß viele Absatzgenossenschaften keine dringlich benötigten Waren erwerben können, weil sie nicht gleichzeitig bereit sind, schlecht verkäufliche Waren zu kaufen. Andere haben ihrerseits die Praxis übernommen, im Einzelhandel an ihre Kunden ebenfalls Warenpakete zu verkaufen, um so ihre Lager zu räumen (Beijing Home Service, 20.8.80; zit. nach SWB, 23.8.80).

Die hier von dem Korrespondenten des Beijinger Radios beschriebene Methode des "Warenpaketes" ist eine Methode, den Bezug von Waren nicht durch den Preis, sondern durch administrative Maßnahmen zu regeln. Gegenüber dem Endverbraucher wird in China vielfach noch die Ausgabe von Bezugsscheinen angewendet.

-ga-

(60) Fall von übermäßiger Lagerhaltung verursacht schwere wirtschaftliche Verluste

Bei den Shanghaier Gesellschaften für Wolle, Hanf, Leinen und Seide wurden durch Inspektionskommissionen der Partei übermäßige Lagerhaltungen aufgedeckt. Die Schäden werden in der chinesischen Presse u.a. wie folgt beschrieben: 815 t Wollballen sind von Motten aufgefressen worden, 92 verschiedene Arten halbfertiger Seidenfabrikate, insgesamt 3,37 Mio. Meter, seien für mehr als zwei Jahre in den Lagerhäusern der Shanghaier Seidengesellschaft eingelagert gewesen. Diese Waren hätten 15% der gesamten Warenhauskapazität mit Beschlag belegt. Die ältesten von ihnen seien dort seit mehr als zehn Jahren gelagert gewesen. Aufgrund dieser übermäßigen Lagerhaltung hätte die Gesellschaft jährlich allein 330.000 Yuan an Bankzinsen bezahlen müssen, zudem seien viele der halbfertiggestellten Seidenerzeugnisse so schwer in Mitleidenschaft gezogen, daß sie schon bei leichtester Berührung zerbrochen seien. Die Kommission hob in ihrem Bericht hervor, daß solche Fälle schlechter Warenbewirtschaftung keineswegs ungewöhnlich seien (XNA, 14.8.80).

-ga-

(61) Das Schicksal von acht unerlaubt importierten Personenwagen

Die Elektroenergieunterbefehlsstelle der Ingenieursbefehlsstelle des Baoshan Eisen- und Stahlwerkes in Shanghai hat durch den unerlaubten Import von acht Personenwagen gegen die Einfuhrbestimmungen der Volksrepublik verstoßen. Die im folgenden aufgezählten Schritte der Behandlung dieses Falls werfen ein Schlaglicht auf die vielfältigen Befehlsstränge im gegenwärtigen wirtschaftlichen Leben der Volksrepublik.

Im September 1979 hatten sich die chinesischen und japanischen Stellen geeinigt, die energieerzeugenden Teile des Baoshaner Stahlwerkes nicht aus Japan einzuführen - wie ursprünglich

beabsichtigt -, sondern diese Teile sollten in China selbst hergestellt werden. Dadurch konnte das Land 223.440 US\$ an Devisen einsparen. Ohne eine Genehmigung einzuholen, kauften verantwortliche Kader der Elektroenergieunterbefehlsstelle vier Kombiwagen aus Japan. Ein stellvertretender Minister des Energieministeriums, der gegenwärtige Direktor der Ost-China-Elektroenergieverwaltung ist, schlug vor, den Kauf um vier hochwertige Limousinen mit Air-Conditioning zu ergänzen. Insgesamt sollten die acht Fahrzeuge zusammen 86.000 US\$ kosten. Sie verletzten damit, so wird heute betont, die Vorschrift, daß die Einfuhr von Luxusfahrzeugen durch den Staatsrat, die China Import und Export Kommission und das Ministerium für Außenhandel gebilligt werden müssen. Entdeckt wurde dieses Vergehen durch den Hafenzoll in Shanghai, der feststellte, daß für die Fahrzeuge keine Einfuhrgenehmigung vorlag.

Am 12. Juni verordnete der stellvertretende Minister der staatlichen Investitionskommission, Han Guang, daß nicht ein einziges der Fahrzeuge bei dem Baoshan-Werk der Stadt Shanghai oder den Ministerien für metallurgische Industrie und Energie bleiben sollte. Die Elektroenergieunterbefehlsstelle bemühte sich dennoch um eine Freigabe der Fahrzeuge. Verantwortliche Kräfte fuhren zwischen Shanghai und Beijing hin und her. Am 17. Juni endlich schrieb das Energieministerium offiziell einen Brief an das Ministerium für Außenhandel, zumindest die vier Kombiwagen freizugeben. Natürlich wurde die Bestimmung der staatlichen Investitionskommission nicht erwähnt. Das entsprechende Büro des Außenhandelsministeriums hob zwar hervor, daß eigentlich alle Devisen an den Staat abgeführt werden müßten, jedoch "unter Berücksichtigung des Verhältnisses der beiden Ministerien" erlaube das Außenhandelsministerium dem Shanghaier Zoll, die vier Kombiwagen freizugeben. Um auch die Freigabe der vier Limousinen zu erreichen, "arbeiteten die entsprechenden Leute der Unterbefehlsstelle weiterhin in Beijing an dieser Frage".

Dennoch weigerte sich der Shanghaier Zoll, die Wagen freizugeben, da die Bestimmung des Außenhandelsministeriums mit den Bestimmungen des Staatsrats nicht übereinstimmten. Danach begann der Staatsrat ab Mitte Juli die Sache erneut einer breiten Untersuchung zu unterziehen. Im Ergebnis gab der Staatsrat dem Shanghaier Zoll recht und konfiszerte die acht Fahrzeuge (NCNA, 22.8.80).

-ga-

(62) Rückerstattung von Landwirtschaftssteuern

Während des Rechnungsjahres, das am 31. März 1980 endete, wurden den armen landwirtschaftlichen Gebieten in China landwirtschaftliche Steuern im Gegenwert von 746 Mio. Yuan zurückerstattet. Dies entspricht rd. 18% des Wertes des gesamten landwirtschaftlichen Steueraufkommens

in China für ein Jahr. Diese Maßnahme ist Bestandteil eines Beschlusses vom 1. April 1979, in dem festgelegt worden war, den ärmsten landwirtschaftlichen Produktionsgruppen während dreier Jahre Steuerrückerstattungen zu überweisen. Insgesamt macht die Landwirtschaftssteuer 4% des Gesamtwertes der chinesischen landwirtschaftlichen Produktion aus (NCNA, 3.7.80).

-ga-

(63) Zwischenhandel bei privater Landwirtschaftsproduktion zugelassen

Auf einer Konferenz in Xinjiang über private Bauernmärkte wurde deren Zahl in den Städten Chinas mit 2.200 angegeben. Diese Märkte, die ausschließlich landwirtschaftliche Erzeugnisse und Produkte des landwirtschaftlichen Nebengewerbes verkaufen, würden sich ausschließlich nach Angebot und Nachfrage richten. Die Preise der dort angebotenen Waren seien im Normalfall etwas höher als in den städtischen Märkten, jedoch seien sie gegenüber dem Preisniveau des vergangenen Jahres um rd. 20% gesunken. Als Verkäufer treten auf diesen Märkten neben den eigentlichen Produzenten (die rd. 70% ausmachen) private Handwerker, Händler, landwirtschaftliche Produktionsgruppen, die ihre Überschußproduktion verkaufen, Staatsfarmen, Fisch- und Viehzuchtzentren und sogar staatliche Läden auf. Neu in dieser Aufzählung ist die Tatsache, daß Individuen oder auch Kollektive nunmehr Landwirtschafts- und Nebenerwerbserzeugnisse aufkaufen und mit geringen Aufschlägen an anderen Orten wieder verkaufen dürfen, also die Zulassung privater Händler. Der Staat lizenziert die privaten Händler, besteuert sie jedoch nicht (XNA, 2.7.80; zit. nach SWB, 20.8.80).

-ga-

(64) Spitzenverdiener auf dem Lande

Chinas Landwirtschaft hat 1.622 Produktionsbrigaden, die im Jahresdurchschnitt pro Kopf ihrer Mitglieder über 300 Yuan verdienen; 71 von ihnen verdienen über 500 Yuan. Dieses Einkommen bezieht sich nur auf die Verdienste aus der Kollektivwirtschaft. Diese Angaben machte ein Sprecher der staatlichen Landwirtschaftskommission. Im Durchschnitt verdient Chinas Landbevölkerung 83,4 Yuan pro Kopf und Jahr. Mehr als die Hälfte der rd. 1.600 Brigaden liegt in den Außenbezirken von Städten. Höchstes Einzeleinkommen pro Kopf und Jahr wurde in der Fischereibrigade im Kreis Chongming in Shanghai erzielt. Es betrug 1.055 Yuan. Obwohl diese rd. 1.600 Produktionsbrigaden nur ein Bruchteil der insgesamt in China vorhandenen 690.000 Brigaden darstellten, würden ihre Verdienste dafür beispielhaft sein, daß alle chinesischen Brigaden Schritt für Schritt wohlhabend werden könnten. Ein Grund für den Erfolg der genannten Produktionsbrigaden sei darin zu suchen, daß es ihnen jetzt gestattet sei, diejenigen Erzeugnisse an-

zubauen, die aufgrund der lokalen Bedingungen die höchsten Erträge erbringen würden (XNA, 28.7.80). In den genannten Zahlen zeigt sich deutlich ein Differenzierungsprozeß der Einkommenssituation auf dem Lande. Deutlich schälen sich diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe als Spitzenverdiener heraus, die aufgrund ihrer Nähe zu den großen Städten kurze Transportwege haben, vor allem aber mit dem Anbau von Gemüse und anderen hochwertigeren Erzeugnissen gute Erträge erzielen können.

Wie hatte es die Peking-Rundschau vom 5. August 1980 ausgedrückt: "Im Zuge der Konkurrenz kommt es zu einem Ausleseprozeß."

-ga-

TAIWAN

(65) Drastisches Ansteigen des Handelsdefizits

Das seit März dieses Jahres anhaltende Handelsdefizit Taiwans hat im Juli drastisch zugenommen. Der Monatsumsatz des Warenaustausches mit dem Ausland in dem genannten Monat hatte insgesamt einen Wert von über 3.517 Mio.US\$ mit einem Überschuß von 201,5 Mio.US\$ (LHB, 14.8.80). Das Monatsdefizit belief sich im März auf 226,8 Mio.US\$, im April auf 88,2 Mio.US\$, im Mai auf 126,3 Mio.US\$ und im Juni auf 28 Mio.US\$. Noch im Juli hatte die Außenhandelsbehörde des Wirtschaftsministeriums in Taipei für diesen Monat eine Wende der Leistungen Taiwans im Handel von Unter- zum Überschuß vorausgesagt (ZYRB, 10.7.80). In den ersten 7 Monaten dieses Jahres erreichte das Defizit bereits 421,6 Mio.US\$. (Im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres gab es einen Exportüberschuß von 792 Mio.US\$).

Die USA und Japan blieben nach wie vor die wichtigsten Handelspartner Taiwans. Während Taiwan durch eine intensive "Buy American"-Kampagne (Ankauf von Getreide, Industrierohstoffen und Fabrikanlagen) seinen Exportüberschuß gegenüber den USA bis auf 1.090,8 Mio.US\$ abbaute, vergrößerte sich die Rechnungsschere im Handel mit Japan mit einem Defizit von 1.911,8 Mio.US\$ noch mehr zuungunsten Taiwans (FCW, 17.8.80).

-ni-

(66) Vergünstigungen im Zolltarif für 113 Länder

Ab 1. September 1980 tritt das neue zweigleisige Einfuhrzolltarifsystem von Taiwan in Kraft. Das Finanzministerium in Taipei hat 113 Länder oder Regionen ausgewählt, die für 1719 Warenpositionen einen niedrigen Einfuhrzolltarif von durchschnittlich 29,4% zu zahlen brauchen. Es handelt sich zunächst um die Staaten, die mit Taiwan Meistbegünstigungsvereinbarungen (15)

oder diplomatische Beziehungen (21) haben. Auch die 30 größten Handelspartner Taiwans (mit Ausnahme Indiens) sowie 48 Länder, deren Handel mit Taiwan gute Perspektiven eröffnet und die Taiwan im Handel gleichberechtigt behandeln, stehen auf der Liste der Begünstigten. Der Warenaustausch mit diesen Ländern deckt 97,6% des Gesamtaußenhandels von Taiwan ab. Bei den mehr als 60 Ländern, die Taiwan von den Tarifvergünstigungen ausgeschlossen hat, handelt es sich um Ostblockstaaten sowie um Länder, die Taiwan im Handel diskriminieren oder nur geringe Handelsbeziehungen mit Taiwan haben. Sie müssen für ihre Waren in Taiwan einen höheren Zolltarif von 39,6% hinnehmen. Mit einem Anteil von nur 2,4% an Taiwans Gesamtaußenhandel hat der Warenaustausch zwischen diesen Ländern und Taiwan jedoch keine große Bedeutung. Deutschland wie auch andere westeuropäische Staaten gehören zu den Begünstigten (ZYRB und LHB, 31.8.80; vgl. dazu auch C.a., Mai 1980, S.410, 0 75).

-ni-

(67) Umschlagrekord von über 100 Mio.t in 5 Seehäfen erwartet

In den 5 Oberseehäfen Taiwans wurden im letzten Jahr insgesamt 99.327.400 t Güter umgeschlagen, und nach der jetztigen steigenden Tendenz wird in diesem Jahr ein historischer Rekord von über 100 Mio.t erwartet. In den ersten 7 Monaten ist die Umschlagsmenge gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorigen Jahres bereits um 19,59% auf 67.867.900 t gestiegen. Davon entfielen auf Gaoxiong (Kaohsiung) 42.579.900 t (Zuwachsrate 15,68%), auf Jilong (Keelung) 20.248.000 t (29,48%), auf Taizhong (T'aichung) 2.632.500 t (8,6%), auf Hualian 1.765.100 t (18,53%) und auf Su'ao 642.400 t (64,93%) (ZYRB, 15.8.80).

Nach den Statistiken einer amerikanischen Fachzeitschrift hat sich Gaoxiong 1979 mit einer Umschlagsmenge von über 760.000 Containern nach New York, Rotterdam, Hongkong und Kobe als fünftgrößter Containerhafen erwiesen und steht damit noch vor Singapur, Bremen und Hamburg. Beim Stückgutumschlag lag Jilong an elfter Stelle (ZYRB, 3.8.80).

-ni-

(68) Ober 40.000 Fabriken

Nach Untersuchungen des Wirtschaftsministeriums gibt es zur Zeit 40.102 Fabriken in Taiwan; davon haben 159 eine Belegschaft von über 1.000 Beschäftigten und 3.071 eine Belegschaft von über 100 Beschäftigten. 2.271 Werke haben ein Jahreseinkommen von über 100 Mio.NT\$ (36 NT\$ = 1 US\$) und 1.518 ein Jahreseinkommen von über 10 Mio.NT\$. Das Gesamtanlagevermögen aller Werke betrug 762,9 Mrd.NT\$, davon entfallen 153,2 Mrd.NT\$ auf die Textilbranche (ZYRB, 7.8.80).

-ni-